

Brief aus dem Nationalrat : ein Parlament wird blossgestellt

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143800>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Parlament wird blossgestellt

Befragungen und Tests aller Art sind «in», insbesondere auch im Zusammenhang mit Abstimmungen und Wahlen. Wer sich über den manipulativen Charakter von Prognosen ärgert, ist selber schuld... Anlässlich der Genfer Session der Räte haben Journalisten Gefallen an einer besonders informativen und lustigen Variante gefunden. Sie interviewten Parlamentarier und Parlamentarierinnen, publizierten und benoteten dann das Resultat.

Schaden nimmt die Demokratie

Wenn es darum ginge, im Hinblick auf die nächsten Wahlen Stärken und Schwächen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu eruieren, wäre gar nichts einzuwenden. Wer sich in ein öffentliches Amt wählen lässt, muss Benotung und Kritik ertragen können. Wenn es darum ginge, zwischen dem Ungenügen von vielen Parlamentsmitgliedern und den *Mängeln in unserem politischen System* eine Beziehung herzustellen und nach Verbesserungen zu suchen, wäre es sehr verdienstvoll. Aber darum geht es bei diesem Spiel offensichtlich nicht. Zuviel Schadenfreude, zuviel Lust am Blossstellen, zuviel Unfairness ist dabei. Letztlich werden es nicht einige schwache Parlamentsmitglieder sein, die das Spiel zugunsten besserer verlieren. Schaden nimmt das demokratische System; gefördert werden Politik- und Parteienverdrossenheit.

Breiten Raum nehmen die *Französischkenntnisse* der Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer ein. Ich habe dies als legitimes Unterfangen empfunden und, durchaus im Bewusstsein meiner bescheidenen Sprechfertigkeit, auch eingewilligt, dass ein aufgenommenes Gespräch am

Radio verwendet werden könne. Alle, die mich französisch ansprechen, können sich ja leicht ein Bild von meinen Kenntnissen verschaffen. Unfair ist allerdings, ausdrücklich zu versprechen, keine Namen zu nennen, und es dann doch zu tun. Dies war offenbar die übliche Praxis. Wo Missständen nicht anders beizukommen ist, haben Wallraff-Methoden ihre Berechtigung; flächendeckend und für eher untergeordnete Zwecke sind sie aber verfehlt; sie zerstören unnötigerweise ein Stück Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Französischkenntnisse sind wichtig, insbesondere für die Arbeit in den Kommissionen. Die geplanten Simultanübersetzungen fallen vorläufig wohl dem Spardruck zum Opfer. Insofern war es zweifellos sehr nützlich, anlässlich der Genfer Session klar zu machen, wie schlecht es mit den Sprachkenntnissen bestellt ist. Für viele, mich eingeschlossen, wurde die Motivation, sich vermehrt auch im Sprechen zu üben, eindeutig erhöht. Das ist bereits ein positives Resultat.

Ein Schluss ist klar: Die Schweiz wird ihrem *Anspruch auf Vielsprachigkeit* nicht gerecht. Bei der Auslese von Parlamentsmitgliedern werden aber auch künftig, zumindest in der deutschen Schweiz, unvermeidlicherweise andere Kriterien als die Sprachkenntnisse im Vordergrund stehen. Das Problem ist deshalb nicht auf das Parlament beschränkt.

Ungenügend ist offensichtlich der *Sprachunterricht* in unseren Schulen, auch wenn es heute damit besser bestellt sein mag als vor 40 Jahren. Welcher Widerstand wurde noch vor kurzem im Kanton Zürich dem «Frühfranzösisch» in der 5. Klasse entgegengebracht! Dabei sind sich die meisten Sprachwissenschaftler darüber einig,

dass noch sehr viel früher begonnen werden müsste. Beim heutigen Stellenwert des Fernsehens liesse sich beispielsweise auch überlegen, wie mit seiner Hilfe die Präsenz der anderen Landessprachen verstärkt werden könnte. Viele Romands beschwerten sich heute – verständlicherweise – über den steigenden Gebrauch der Deutschschweizer Mundart. Dies betrifft indessen nur diejenigen, die bereits über genügend Sprachkenntnisse verfügen, um Lust auf einen fremdsprachigen Kanal zu haben, und offensichtlich fehlt es bei uns gerade daran. (Allerdings hat eigentlich kein Recht zur Klage, wer wie die bürgerlichen Parteien überall Deregulierung fordert. Der Zwang zum marktgerechten Verhalten ist einem staatspolitischen Auftrag nicht förderlich.) Weshalb wird nicht nach kreativeren Ideen gesucht? Beispielsweise Sprach-Spots, eingeschoben ins normale Programm? So unterhaltsam wie Waschmittelreklame könnten sie allemal sein. Gratis wären sie freilich nicht zu haben... Über Ideen und Möglichkeiten zu diskutieren, wäre sinnvoll. Über Bauern ohne jegliche Französischkenntnisse zu spotten, ist billig.

Sachverstand und Bildung?

Eine Befragung zu *Wirtschaftsthemen*, publiziert in «Cash», ist wesentlich verheerender. Selber nicht davon betroffen, kann ich mich ohne eigene Empfindlichkeit äussern. Das Resultat ist tatsächlich niederschmetternd, selbst wenn ein Drittel der Fragen als irrelevant abgetan werden kann. Es ist bestürzend, wieviele Antworten auch dort fehlen, wo sie eigentlich von jedem Zeitungsleser, jeder Zeitungsleserin erwartet werden müssten. Genügt es aber, den Zeigefinger zu erheben? Da muss doch weiter gefragt werden. Woran liegt es denn, an den einzelnen Parlamentsmitgliedern, an ihrer Intelligenz, ihrer Bildung, ihrem Fleiss? Oder sind die Erwartungen falsch?

Mich dünkt, dass beides zutrifft. *Selbstüberschätzung* ist leider kein seltenes Phänomen, und da ist Kritik eindeutig fällig. Zweifellos tun die Parteien gut daran, bei

der Kandidaten- resp. Kandidatinnenwahl einen strengen Massstab anzulegen; offensichtlich wäre teilweise ein weit strengerer als heute angebracht. Sie müssten ihren Gewählten dann auch laufend auf die Finger schauen. An mangelnder Intelligenz und am Fleiss *darf* es nicht liegen – das sollten sich die Wählerinnen und Wähler nicht bieten lassen müssen, und da kommen auch die Parteien nicht um ihre Verantwortung herum.

Sachverstand und Bildung? Es wäre verheerend, würde das Parlament nur noch mit Ökonominnen und Juristen besetzt. Einmal, weil die Wählerschaft anders zusammengesetzt ist und völlig zu Recht auch andere, *menschliche Qualitäten* und *Erfahrungshorizonte* wertet. Zum zweiten, weil das Parlament bei all unseren heutigen Problemen – Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung – keineswegs am fehlenden Sachverstand scheitert. Wohl aber an der Unvereinbarkeit der Interessen, am Unwillen oder an der Unfähigkeit, fürs Ganze statt fürs Partikulare zu denken. Gerade die Fähigsten, mit Detailkenntnissen Brillierenden sind oft die ausgeprägtesten Interessenvertreter! Aufgabe eines Parlamentsmitglieds ist es nicht, Experte zu sein, sondern Experten anzuhören, abzuwägen und dann politisch zu entscheiden. Ausschlaggebend ist nicht der Bildungsgrad, wohl aber ein Mass an Intelligenz und Fleiss, und vor allem Unabhängigkeit und der Wille zu konstruktiven Lösungen.

Unser *Milizsystem* ohne persönliche Hilfestellung ist im übrigen auch nicht gerade förderlich für die Qualität der Parlamentsarbeit. Wirtschaft und Verbände können sich ihre hochprofessionellen Interessenvertreter leisten. Abgeordnete aber, die auch noch einem andersgearteten Brotterwerb nachgehen und ihre berufliche Zukunft im Auge haben müssen, sind sehr leicht überfordert. Das ist nicht nur ihre eigene Schuld. Solange die Stimmbürgerschaft dieses System haben will, muss sie ihre Erwartungen dementsprechend einstellen.

Ursula Leemann